

Postulat Fraktion SP/JUSO (Tanja Walliser, JUSO): Keine Geschäfte mit verantwortungslosen Banken

Brady Dougan, CEO der Credit Suisse, hat letztes Jahr ein Salär von 91 Millionen Schweizer Franken bezogen. Er verdient damit über 1800 Mal mehr als der schlechtestbezahlte Mitarbeiter seiner Bank. Auch die Lohnschere bei der UBS hat sich trotz wiederholten staatlichen Rettungsaktionen wieder deutlich erhöht – von einem Verhältnis von 1:51 auf 1:227. Diese krassen Lohnverhältnisse in den beiden Grossbanken schockierten die schweizerische Öffentlichkeit in den letzten Monaten und Jahren wiederholt.

Beide Banken waren offensichtlich während Jahrzehnten in dubiose und – zumindest im Fall der UBS – kriminelle Geschäfte mit Steuerbetrügern aus der ganzen Welt verstrickt. Dass sie dabei die Vermögen von Kriminellen, Kriegsverbrechern und Diktatoren aus der ganzen Welt schützen, scheint die Grossbanken nicht weiter zu stören. Das Verhalten der mit Volksvermögen geretteten UBS zeugt auf jeden Fall von wenig Einsicht.

Die beiden Banken verhalten sich gegenüber der Öffentlichkeit und Gesellschaft beispiellos arrogant. Die überrissenen Löhne der Topkader und die krassen Lohnscheren gefährden zunehmend den sozialen Zusammenhalt. Diese Politik ist von Verantwortungslosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber unserem Land und der Welt geprägt. Die öffentliche Hand kann dieses unethische Verhalten der Grossbanken nicht länger tolerieren.

Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf, zu überprüfen, ob die Stadt Bern in irgendwelchen aufkündbaren geschäftlichen Beziehungen mit den beiden Grossbanken UBS und Credit Suisse oder einer ihrer Tochtergesellschaften steht. Sollte dies der Fall sein, fordern wir den Gemeinderat auf, bis auf Weiteres die geschäftlichen Beziehungen einzustellen. Diese sollen erst wieder aufgenommen werden, wenn sich die Grossbanken zu einer bedingungslosen Weissgeldstrategie im In- und Ausland bekennen und ihre Lohnpolitik wieder in einem vernünftigen Rahmen halten.

Bern, 17. Juni 2010

Postulat Fraktion SP/JUSO (Tanja Walliser, JUSO), Giovanna Battagliero, Halua Pinto de Magalhães, Beat Zobrist, Lea Kusano, Silvia Schoch-Meyer, Ruedi Keller, Patrizia Mordini, Leyla Gül, Miriam Schwarz, Thomas Göttin, Annette Lehmann, Ursula Marti, Rithy Chheng, Gisela Vollmer, Nicola von Greyerz, Guglielmo Grossi

Antwort des Gemeinderats

Das Postulat fordert den Gemeinderat auf zu überprüfen, ob die Stadt Bern in irgendwelchen aufkündbaren geschäftlichen Beziehungen mit den beiden Grossbanken UBS und Credit Suisse oder einer ihrer Tochtergesellschaften steht. Sollte dies der Fall sein, sollen bis auf Weiteres die geschäftlichen Beziehungen eingestellt werden. Diese sollen erst wieder aufgenommen werden, wenn sich die Grossbanken zu einer bedingungslosen Weissgeldstrategie im In- und Ausland bekennen und ihre Lohnpolitik wieder in einem vernünftigen Rahmen halten.

Die Stadt Bern benötigt für die Erfüllung ihrer Aufgaben und derjenigen ihrer Anstalten und Sonderrechnungen bedeutende finanzielle Mittel, welche sie auf dem Kapitalmarkt im freien Wettbewerb beschafft. Gegenwärtig belaufen sich die Obligationenanleihen und Darlehen auf rund 2,1 Milliarden Franken. Die Auswahl der Banken, welche aufgrund ihrer Grösse und Möglichkeiten für die Stadt als Partnerinnen für die Beschaffung von Obligationenanleihen in Frage kommen, ist beschränkt. Für Darlehen bis zu 50 Mio. Franken bestehen jedoch zusätzliche Möglichkeiten bei kleineren Bankinstituten, Versicherungsgesellschaften sowie Pensionskassen.

Gegenwärtig besitzt die Stadt sechs Obligationenanleihen, davon wurden drei durch die Credit Suisse 2001 bzw. 2005 übernommen; diese laufen noch bis zum 22. Februar 2011, 9. November 2011 und 26. September 2025. Sie sind nicht vorher rückzahlbar. Die UBS hatte im Jahr 2000 eine Obligation federführend ausgegeben, welche jedoch am 13. Juni 2010 refinanziert worden ist, und zwar über die PostFinance und die Berner Kantonalbank.

Bei den 32 mittel- und langfristigen Darlehen, in der Regel Schuldscheindarlehen oder Notes, ist die Credit Suisse drei Mal Gläubigerin, die UBS lediglich ein Mal. Diese Darlehen haben eine Laufzeit bis 2012, 2013, 2014 und 2020. Sie sind bis zum Ablauf nicht kündbar.

Für den Zahlungsverkehr führt die Stadt sowohl bei der UBS als auch bei der Credit Suisse, wie auch bei allen anderen Platzbanken, ein Kontokorrentkonto. Der Hauptverkehr wird jedoch über die PostFinance und die Berner Kantonalbank (Zahlungsverkehr mit dem Kanton) abgewickelt.

Der Gemeinderat bevorzugt auch künftig die kostengünstigste Fremdmittelbeschaffung durch die Finanzverwaltung über ein Ausschreibungsverfahren (Wettbewerb). Ausserdem erachtet er es als sinnvoll, für grosse Geldbeschaffungen auch die Grossbanken, welche Arbeitsplätze und Steuerertrag in Bern schaffen, für die Ausschreibung einzuladen. Wenn Credit Suisse oder UBS die günstigste Offerte einreichen, sollen sie weiterhin berücksichtigt werden.

Folgen für die Finanzen und das Personal

Würden künftig die günstigsten Offerten der beiden Grossbanken nicht mehr berücksichtigt, so könnten sich die Zinskosten bei beschränktem Wettbewerb erhöhen. Bei einer Anleihe von 150 Mio. Franken mit einer Laufzeit von 10 Jahren kostet ein um einen einzigen Basispunkt (0,01 %) höherer Zinssatz bereits Fr. 150 000.00 mehr.

Auf das städtische Personal ergäben sich keine Auswirkungen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 18. Oktober 2010

Der Gemeinderat